



Ausschuss für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie

52. Sitzung (öffentlich)

2. Oktober 2024

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:04 Uhr bis 13:02 Uhr

Vorsitz: Dr. Robin Korte (GRÜNE)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

1 Arbeit der Clearingstelle Mittelstand des Landes NRW und Bewertung der durchgeführten Verfahren 7

Bericht
des Mittelstandsbeirats
Vorlage 18/2980

– Wortbeiträge

2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2025 (Haushaltsgesetz 2025) 17

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 18/10300

Bericht
der Landesregierung zu Einzelplan 14
Vorlage 18/2847

In Verbindung mit:

1 Arbeit der Clearingstelle Mittelstand des Landes NRW und Bewertung der durchgeführten Verfahren

Bericht
des Mittelstandsbeirats
Vorlage 18/2980

Vorsitzender Dr. Robin Korte: Ich begrüße unsere Gäste, den Vorsitzenden des Mittelstandsbeirats Herrn Kirchhoff, Herrn Felsch von unternehmer nrw sowie Frau Jahn als Geschäftsführerin der Clearingstelle Mittelstand.

Wir kennen mittlerweile das Prozedere, das wir heute zum dritten Mal in dieser Wahlperiode durchführen. Wir lassen uns nämlich einmal im Jahr über die Tätigkeiten der Clearingstelle Mittelstand hier im Ausschuss berichten. Für die Berichterstattung erteile ich zunächst Herrn Kirchhoff als Vorsitzendem des Mittelstandsbeirats das Wort. Im Anschluss wird Frau Jahn ergänzen.

Arndt Kirchhoff (Vorsitzender des Mittelstandsbeirats): Herr Vorsitzender Korte, Frau Ministerin, herzlichen Dank für die Einladung. Ich freue mich, dieses Jahr im Wirtschaftsausschuss Gast sein zu dürfen, denn enger Austausch und gutes Miteinander mit dem Parlament waren und sind uns immer sehr wichtig. Die Aufgabenteilung ist im elften Jahr des Bestehens der Clearingstelle etabliert und klar. Die Clearingstelle Mittelstand berät und weist auf Entwicklungen hin. Die politischen Entscheidungen aber treffen Sie, die Mitglieder des Landtags. Mir ist ebenfalls sehr wichtig, die Clearingstelle Mittelstand ist ein gewachsenes, politisch breit getragenes Projekt, von der rot-grünen Landesregierung damals unter Ministerpräsidentin Kraft mit dem Mittelstandsförderungsgesetz initiiert und durch die schwarz-gelbe Landesregierung mit dem Clearingverfahren im Bestand weiterentwickelt. Nun hat sich die aktuelle schwarz-grüne Landesregierung vorgenommen, die Clearingstelle Mittelstand institutionell zu stärken. So steht es zumindest im Koalitionsvertrag. Die Absicht zur strukturellen Stärkung ist klar zu begrüßen. Noch wichtiger ist es aber, das Ziel in eine konkrete Gesetzesinitiative umzusetzen. Einer solchen Initiative aus der Regierung oder den Landtagsfraktionen schaut der Mittelstandsbeirat mit Interesse entgegen.

Der Mittelstandsbeirat selbst wird im November mit Ministerin Neubaur über unsere praktischen Erfahrungen und daraus abgeleitete mögliche Ansatzpunkte zur Stärkung der Clearingstelle beraten. Diesen Beratungen kann und will ich natürlich heute nicht vorgreifen. Ich bitte dafür um Verständnis. Lassen Sie mich einige wenige Fragen skizzieren, die uns beschäftigen:

Erstens. Wie kann analog zu den regulären Clearingverfahren auch bei Clearingverfahren im Bestand die Information des Landtags über die Ergebnisse gelingen?

Zweitens. Gibt es Möglichkeiten, im Bestand auch zusammenhängende Vollzugsthemen mit hoher Mittelstandsrelevanz zügig zu analysieren und Verbesserungsvorschläge zu entwickeln?

Drittens. Wie kann das Ziel „One in, one out“ aus dem Koalitionsvertrag mit dem besonderen Fokus auf den Mittelstand umgesetzt werden?

Besser wäre natürlich „One in, more out.“ Das wissen wir alle. Unser gemeinsames Ziel sollte es sein, dass am Ende die Clearingstelle effektiv gestärkt wird und alle mittelstandsrelevanten Themen frühzeitig und umfassend überprüft werden.

Jetzt ein paar generelle Anmerkungen für Sie zur Clearingstelle, da Sie sich nicht laufend damit beschäftigen. Frau Jahn führt das Team an, das die Initiativen, Gesetzentwürfe usw. analysiert. Dort arbeiten wir sehr gut zusammen. Das gilt ebenso für die konstruktive Zusammenarbeit mit den beteiligten Organisationen untereinander, die es im Mittelstandsbeirat und in der täglichen Arbeit unserer Beteiligten gibt. Das ist nicht selbstverständlich, gerade zwischen der Wirtschaftsseite, wenn Sie wissen, dass der DGB manchmal andere Interessen hat als die Arbeitgeberseite. Dennoch gelingt es uns, dass die Clearingstelle diesen Dialog im Einzelfall immer wieder nicht nur unter Beweis stellt, sondern am Ende zu Kompromissen gelangt.

Das ist sehr positiv für die Politik, für Sie und für die Verwaltung, denn die Stellungnahmen der Clearingstelle bündeln damit ein breites Spektrum der Sichtweise bzw. der Interessenlagen. Das ist praktisch eine Art Vorfilterung. Sie wollen sich keine Gedanken mehr zu machen: Was sagt die Gewerkschaft dazu? Was sagt ein Verband dazu? – Das haben wir im Vorfeld geklärt und sollte Ihnen das Leben einfacher machen.

Ausdrücklich will ich auch hervorheben, dass die Verfahren für die Öffentlichkeit äußerst transparent sind, denn wir veröffentlichen unsere Stellungnahmen jeweils unmittelbar nach dem Kabinettsbeschluss, also vor dem Gesetzgebungsverfahren im Landtag, auf Ihrer Internetseite.

Kurzes Update zu den Clearingverfahren im Bestand: Seit meinem Bericht im letzten Jahr wurden drei Clearingverfahren im Bestand durchgeführt. Das war zum einen die mittelstandsorientierte Flächenpolitik, die mittelstandsorientierte Neuausrichtung des öffentlichen Vergaberechts und Ersatzneubauten der Infrastruktur, um sie schneller zu bauen. Am Anfang dieser Verfahren steht immer das Feedback aus der Praxis: Wo sind die Themen auf Landesebene, die den Mittelstand branchenübergreifend betreffen und in Teilen in seiner Entwicklung hemmen?

Die genannten Themen der ersten drei Verfahren leiten sich aus dem Koalitionsvertrag und dem parteiübergreifend identifizierten Handlungsbedarf. Nach dem Blick auf die Praxis folgt durch die Clearingstelle und den Kreis der Beteiligten die Analyse der dazugehörigen Regelungen auf Landesebene. Am Ende stehen zu jedem Themenbereich Lösungsvorschläge, mit denen aus Sicht des Mittelstandsbeirats der Alltag für den Mittelstand verbessert werden könnte. Die Umsetzung der Ergebnisse dieser Clearingverfahren liegt dann wiederum bei der Landesregierung und Ihnen als Parlament. Sie entscheiden, ob Sie die Erkenntnisse teilen und in Gesetzesnovellen oder einem verbesserten Vollzug umsetzen. Ich habe die herzliche Bitte an die Ministerin, wie immer in der gesamten Landesregierung für den Mehrwert der Clearingstelle und das Potenzial der Clearingverfahren im Bestand zu werben. Zu Details über Clearingverfahren im Bestand kann gleich Frau Jahn noch einiges berichten.

Sie haben den Tätigkeitsbericht 2023 vorliegen. Ihm können Sie entnehmen, dass wir insgesamt 15 Clearingverfahren und 12 Mittelstandsrelevanzprüfungen durchgeführt haben. Das ist auch die Größenordnung der Beauftragungen der zurückliegenden Jahre. Für das laufende Jahr 2024 haben wir mittlerweile 13 Verfahren durchgeführt. Die Clearingverfahren bzw. die Mittelstandsrelevanzprüfungen wurden im letzten Jahr vor vier verschiedenen Ministerien und im laufenden Jahr bereits von sechs Ministerien in Auftrag gegeben. Wir versuchen, übergreifend die Querschnitte gleich mit aufzuzeigen, um Ihnen Vorschläge zu machen. Das zeigt, dass das Clearingverfahren einen hohen Wert für die gesamte Landesregierung und eben nicht nur für das Wirtschaftsministerium hat.

Von den 15 Clearingverfahren in 2023 wurden 3 zu Landesvorhaben, jeweils 5 zu Bundes- sowie zu Europavorhaben und 2 Verfahren zum bestehenden Recht durchgeführt. Ein Wermutstropfen ist, dass in 2023 nur drei Landesverfahren der Clearingstelle Mittelstand zur Prüfung vorgelegt wurden und die Schwerpunkte bei Bundes- und Europarecht lagen. Es ist okay, dass da auch Schwerpunkte sind. Aber wir sollten versuchen, einen stärkeren Fokus auf unsere Landesgesetze und auf das Landesrecht zu legen; denn das ist das, was am Ende bei den Menschen und bei den Belegschaften ankommt.

Klar ist, bei Landesvorhaben kann die Clearingstelle am unmittelbarsten beraten, weil wir hier beheimatet sind. Umso wichtiger ist es, dass die Landesregierung möglichst oft und möglichst frühzeitig im Verfahren auf den Sachverstand der Clearingstelle Mittelstand zurückgreift. Wir würden uns eine noch intensivere Einbindung wünschen, aber natürlich erlangen Bundes- und EU-Verfahren mittlerweile auch eine große Bedeutung. Wir haben festgestellt, dass die Clearingstelle einen wertvollen Beitrag zur Identifizierung der NRW-spezifischen Interessen liefern kann. Zu weiteren Verfahren, wie gesagt, spricht gleich Frau Jahn.

Ich möchte an dieser Stelle die Gelegenheit nutzen, ein paar konkrete Anmerkungen zu machen, um den größtmöglichen Nutzen der Clearingstelle darzustellen. Sinnvoll ist es jeweils, auf eine möglichst frühzeitige Beteiligung der Clearingstelle im Gesetzgebungsverfahren hinzuwirken. Wir haben in den letzten Jahren immer wieder darüber gesprochen, dass wir ein paar Tage benötigen, um konzentriert Stellung nehmen zu können. Nur mit ausreichenden Fristen kann das Clearingverfahren den größtmöglichen Erkenntnisgewinn für Verwaltung und Politik erreichen.

In den zurückliegenden Monaten lag hier wieder das Kernproblem im Wechselspiel zwischen den Ministerien und der Clearingstelle. Es bleibt eine Daueraufgabe für das Wirtschaftsministerium, den Wert der Clearingstelle innerhalb der Landesregierung noch breiter bekannt zu machen. Parallele Durchführungen von allgemeiner Verbändeanhörung und Clearingverfahren sollten vermieden werden. Die Verbände haben wir bei uns am Tisch sitzen: Handwerk, Industrie usw.

Eine neue Herausforderung liegt bei Gesetzentwürfen, die von der Landesregierung als Formulierungshilfe erarbeitet und dann von den Regierungsfractionen unmittelbar in den Landtag eingebracht werden. Hier gilt es, Prozesse zu etablieren, die eine Beteiligung der Clearingstelle Mittelstand ermöglichen und damit berechnigte Interessen des Mittelstands auch in Zukunft sicherzustellen.

Zum Schluss möchte ich Ihnen herzlich danken. An allererster Stelle danke ich dem Team der Clearingstelle, aber auch allen beteiligten Organisationen für die Unterstützung im vergangenen Jahr, insbesondere dem Wirtschaftsministerium für die gute Zusammenarbeit und Ihnen, sehr verehrte Abgeordnete, für die Aufmerksamkeit.

Wir stehen Ihnen natürlich über den Tag hinaus unterjährig immer zur Verfügung. Wenn Sie sagen, die Clearingstelle hat sich nach inzwischen elf Jahren bewährt, rufen Sie uns an. Melden Sie sich. Wir kümmern uns sofort darum. Ganz herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU, der SPD, den GRÜNEN und der FDP)

Sabine Jahn (Geschäftsführerin der Clearingstelle): Ich möchte in Ergänzung zu den Ausführungen von Herrn Kirchhoff, zu welchen konkreten Themenfeldern wir uns bereits im Rahmen der Clearingverfahren zum Bestandsrecht auseinandergesetzt haben, den Blick auf den allgemeinen Verfahrensablauf richten.

Hinsichtlich der Themenfelder, die wir aufgreifen, fungiert der Mittelstandsbeirat für uns als Impulsgeber. Der Mittelstandsbeirat hat in seiner Mittelstandsagenda Themen adressiert, die den Mittelstand stärken und die Transformation erfolgreich gestalten sollen. Diese Themenfelder greifen wir auf. Beim konkreten Aufgreifen dieser Themenfelder steht bei uns zu Beginn ein sogenanntes Werkstattgespräch. Wir führen Gespräche mit Unternehmen und der Verwaltungsseite und identifizieren in diesem Themenfeld die konkreten Probleme und Hemmnisse, die sich für die Unternehmen und die Verwaltungsseite stellen. Wenn wir diese Problemanalyse durchgeführt haben, steigen wir ins Clearingverfahren ein, haben in den Werkstattgesprächen möglicherweise schon erste Ansätze, wie wir diese Probleme bewältigen lösen oder abmildern können und gucken im Clearingverfahren gemeinschaftlich mit dem gesamten Kreis der Beteiligten, welche Vorschläge wir erarbeiten können. Diese fließen dann in unsere Stellungnahmen ein. Das haben wir gemacht für die Themenfelder, die Herr Kirchhoff schon dargestellt hat: für die Flächenpolitik, für das Vergaberecht und für den Ersatzneubau der Infrastruktur. – Wir haben uns aber auch mit dem Themenfeld „Fachkräfteeinwanderung aus Drittstaaten“ beschäftigt. Da haben wir kein Clearingverfahren geführt, aber wir haben eine Problemanalyse durchgeführt und letztendlich aufgelistet, welche Probleme für die Unternehmen im Zusammenhang der Prozesskette mit der Einwanderung bestehen. Wir haben diese Problemanalyse an das Arbeitsministerium weitergegeben, also welche Problematiken im Zusammenhang mit der Einwanderung von neuen Fachkräften existieren, sodass dies im Zuge der Fachkräfteoffensive aufgegriffen werden kann und Maßnahmen ergriffen werden können. – Danke schön.

Vorsitzender Dr. Robin Korte: Vielen Dank, Frau Jahn und Herr Kirchhoff für die Berichte und die Tätigkeit im letzten Jahr und in Zukunft. Gibt es Fragen aus dem Ausschuss? – Herr Dr. Untrieser.

Dr. Christian Untrieser (CDU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. – Sehr geehrte Frau Jahn, sehr geehrter Herr Kirchhoff, sehr geehrter Herr Felsch, vielen Dank, dass Sie uns in diesem Jahr für den Austausch zur Verfügung stehen, aber auch für Ihre kontinuierliche Arbeit über elf Jahre.

Sie haben in Ihren Wortbeiträgen deutlich gemacht, wie wichtig die Arbeit ist. Ich würde sogar sagen, wenn man sich die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland anschaut, dann ist die Clearingstelle in den letzten elf Jahren in der jetzigen Zeit noch wichtiger als in der Vergangenheit, weil wir jetzt zum ersten Mal vielleicht sogar das zweite Jahr in Deutschland in der Rezession sind.

Ich fand dieses Zitat aus Ihrem Bericht sehr gut. Sie schreiben, was der Wert des Abbaus von Bürokratie ist. Sie schreiben:

„Der Abbau von unnötiger Bürokratie bietet erhebliches Potenzial, um der Wirtschaft und speziell dem Mittelstand spürbare Erleichterungen zu verschaffen.“

Das ist also sozusagen ein Konjunkturprogramm ohne Geld. Wir wissen alle, dass dies ganz, ganz dringend nötig ist. Deswegen noch mal ganz herzlichen Dank für Ihre sehr, sehr konkreten Vorschläge, sich insbesondere bei den neuen Instrumenten schon bestehendes Recht anzuschauen und insbesondere darauf schauen: Was kann man im Vergaberecht verbessern? – Dazu haben Sie viele Vorschläge geliefert. Sie haben auch Vorschläge im Bereich „Flächenpolitik“ geliefert. Ich glaube, das sind sehr, sehr wertvolle Dinge.

An dieser Stelle möchte ich der Ministerin danken, dass sie sehr regelmäßig bei Ihren Kolleginnen und Kollegen dafür wirbt, die Clearingstelle stärker einzubinden. Ich glaube, das ist eine Daueraufgabe. Sie von der Clearingstelle haben das auch noch mal deutlich gemacht und machen viel Werbung. Ich habe gelesen, dass Sie sich in unterschiedlichen Ministerien mit Workshops vorgestellt und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Ministerien sensibilisiert haben. Ich glaube, das ist ein wertvolles Instrument, um zu verdeutlichen, dass man Sie stärker einbinden kann.

Ich schließe den Dank mit einer konkreten Frage ab. Ich habe gelesen, dass Sie sich im letzten Jahr mit Clearingstellen oder anderen Institutionen aus anderen Bundesländern getroffen haben. Das finde ich immer spannend, weil man dann einen Vergleich ziehen kann, wie andere Bundesländer aufgestellt sind. Haben die Clearingstellen da ähnliche Kompetenzen, weniger weitreichende Kompetenzen oder weitreichendere Kompetenzen? Was kann man aus Erfahrung für Ihre Arbeit in Nordrhein-Westfalen mitnehmen? – Vielen Dank.

Dietmar Brockes (FDP): Vielen Dank, Herr Kirchhoff und Frau Dr. Jahn, für die Vorträge bzw., wie Kollege Untrieser schon sagte, für Ihre Arbeit, die Sie kontinuierlich und gut für unser Land leisten. Wir sehen als FDP-Landtagsfraktion, dass es richtig war, diesen Mittelstandsbeirat einzurichten und dass er wertvolle Arbeit fürs Land leistet. Er sorgt für mehr Mittelstandsfreundlichkeit und für bessere Gesetze.

Sie haben eben kritisiert, dass Sie leider nicht beteiligt sind, wenn zum Beispiel Gesetze von Ministerien geschrieben, aber über die Fraktionen eingebracht werden, und gesagt, dass die Qualität darunter leidet. Das haben wir sowohl bei den Beratungen über das Bürgerenergiegesetz als auch über das Landesplanungsgesetz gemerkt. Das sind solche Beispiele, bei denen Sie leider außen vor waren.

Interessant finde ich die Vorschläge, die Sie für Flächen- und Vergabepolitik gemacht haben. Sie arbeiten den Ministerien zu. Deshalb habe ich eine Frage bzw. Bitte ans Ministerium: Falls es möglich wäre, uns diese Vorschläge zukommen zu lassen, dann würde uns das sehr freuen. Auf der anderen Seite wäre mir natürlich die Umsetzung dieser Vorschläge umso lieber, da sie vermutlich in die genau richtige Richtung gehen.

Aus Sicht der FDP-Fraktion, und das haben Sie schon angesprochen, gibt es nach wie vor die Achillesferse, dass Sie nur im Auftrag handeln können. Wir als Freie Demokraten werden wir uns weiterhin dafür einsetzen, dass Sie das Initiativrecht und damit mehr Freiraum erhalten, um auch eigene Impulse zu geben. Ich glaube, das wäre für unser Land sehr wichtig. Herzlichen Dank. Machen Sie bitte weiter so, und wir schauen unsererseits, dass Sie noch mehr Möglichkeiten erhalten. – Vielen Dank.

Marc Zimmermann (GRÜNE): Vielen Dank an Herrn Kirchhoff und Frau Jahn auch von unserer Seite für den Bericht, aber vor allem für die Arbeit, die sie über das Jahr als Mittelstandsbeirat bzw. als Clearingstelle Mittelstand leisten. Für uns stellt sich noch eine kleine Frage zum Strukturellen. Im Koalitionsvertrag steht, dass wir die Clearingstelle Mittelstand strukturell stärken wollen. Die Komplexität der angesprochenen und übergreifenden Themen kam gerade raus. Das ist vielleicht auch eine Herausforderung an die Strukturen innerhalb der Clearingstelle. Merken Sie da Veränderungen, oder sehen Sie da Veränderungspotenzial und Notwendigkeiten, die Struktur innerhalb der Clearingstelle noch mal nachzujustieren?

André Stinka (SPD): Herr Kirchhoff, Frau Jahn, Herr Felsch, vielen Dank für Ihren Bericht und die umfassende Arbeit in diesem Bereich, der für breite Teile gerade der mittelständisch geprägten Wirtschaft in Nordheim-Westfalen wichtig ist. Wir haben bereits bei der Novelle des Mittelstandsförderungsgesetzes deutlich gemacht, dass eine stärkere Einbindung des Landtags für die SPD-Fraktion wünschenswert wäre. Kollege Brockes hatte das gerade auch ausgeführt.

Ich habe noch eine Frage zu dem uns vorliegenden Bericht zum Thema „Konjunkturpolitik“. Sie haben sich mit einem EU-Verordnungsvorschlag zur Errichtung einer Plattform für strategische Technologien beschäftigt. Das steht in diesem Bericht. Wir glauben als SPD-Fraktion, dass es durchaus richtig ist, dass wir uns mit strategischen Fragen der Wirtschaftsförderung beschäftigen, also Lehren aus Corona ziehen. Weil ich dem Bericht entnehmen konnte, dass die erste Lesung im Europäischen Parlament stattgefunden hat, interessiert mich, wie Sie diesen Prozess weiterverfolgen und ob Sie gedenken, noch mal über diese Fragen von dem Hintergrund von Corona-Erfahrungen und der Ausrichtung der Wirtschaft auf Technologien nachdenken, die wir hier brauchen. Stichwort „Krisen“ oder „Kriegsfälle“. Zum Beispiel im Bereich der Medizintechnik und der Digitalisierung müssen wir Schwerpunkte und Techniken hier vorhalten, weil sie strategisch wichtig sind.– Danke.

Christian Loose (AfD): Ein Dank geht an Frau Jahn und Herrn Kirchhoff. Sie mahnen seit gut zehn Jahren immer wieder einen Bürokratieabbau an. Wir persönlich sehen eher jedes Jahr mehr Vorschriften: Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz, Nachhaltigkeits-

richtlinien und andere Bürokratiemonster. In welchem Bereich haben Sie in den letzten Jahren – Sie begleiten es jetzt seit zehn Jahren – einen maßgeblichen Abbau von Bürokratie gesehen? Wo sehen Sie noch den drängendsten Bedarf bei einem Bürokratieabbau? Haben Sie Vorschläge, die den Mittelstand in allen Bereichen voranbringen würden, also keine Einzelsparte, sondern wirklich alle im Mittelstand? – Danke.

Vorsitzender Dr. Robin Korte: Danke. Ich sehe erst mal keine weiteren Wortmeldungen mehr und bitte zunächst Herrn Kirchhoff und dann Frau Jahn, auf die Fragen einzugehen.

Arndt Kirchhoff (Vorsitzender des Mittelstandsbeirats): Gerne, Herr Vorsitzender. – Die Fragen zu Treffen mit anderen Bundesländern, die Frage zur Fokussierung, was die strategischen Themen angeht, sowie die Frage der Komplexität von Herrn Zimmermann würde Frau Jahn beantworten. Auch zum Bürokratieabbau kann sie sicher noch ein paar Details sagen, Herr Loose.

Herr Dr. Untrieser, welche Dinge sind am wichtigsten? Wir wissen, wir haben ein strukturelles Problem, ein Wettbewerbsproblem in Deutschland. Uns ist zunächst mal wichtig, dass wir hier in Nordrhein-Westfalen besser sind als Deutschland insgesamt. Das ist mein Ziel Nummer eins.

Als Industrieland, und da spreche ich für die Gewerkschaften wie für die Industrieverbände, haben wir Interesse, dass wir uns besser entwickeln. Wir haben ein paar Vorteile wie die kompletten Wertschöpfungsketten, die wir noch hier haben und die wir jetzt verteidigen müssen, weil wir es für sinnvoll halten, dass sie komplett geschlossen im Land bleiben. Chemie, Stahl und andere Dinge.

Wir haben, was die Entwicklung von Innovationen angeht, natürlich diesen tollen Hochschulbesatz. Den hat kein anderes Bundesland und den findet man in Europa in der Stärke konzentriert auch nicht. Sich darauf zu konzentrieren, dass das die Leitlinien sind, um im Wettbewerb besser zu werden, ist das Wesentliche.

Die anderen Punkte wie Steuern, Energiekosten und all diese Sachen lasse ich mal außen vor. Ich glaube, das Wichtigste, und das trifft jeden einzelnen Bürger, jeden Handwerker, jede Organisation, jedes Unternehmen und Politik, ist in der Tat das Thema „Bürokratie“. Ich war vor 25 Jahren in Brüssel dabei, dass wir mit den Maastrichtverträgen diese One-In-One-Out-Regeln mitbeschlossen haben. Damals war ich der Mittelstandssprecher für Europa. 23 Millionen mittelständische Unternehmen. Wir haben große Hoffnungen gehabt. Wir können heute nach 25 Jahren feststellen, das hat das nie funktioniert. Wir haben es seitdem in jedem Koalitionsvertrag stehen. Das steht in Berlin im Koalitionsvertrag, es steht hier in Nordrhein-Westfalen im Koalitionsvertrag. Ich behaupte auch, das stand in jedem Koalitionsvertrag seitdem. Das hat nicht funktioniert.

Jetzt ist die Frage: Was können wir machen? – Ich habe nicht das Patentrezept. Ich glaube nur, die „One-in, one-out“-Vorgehensweise ist zu langsam, denn mit „One in, one out“ bauen wir nicht ab; da halten wir den Status quo.

Manche sagen, wir sollen „One in, two out“ machen. Ich glaube, es ist immer noch zu langsam. Ich glaube, wir müssen einen Ansatz wählen. Diese Bürokratie entwickelt

sich von alleine. Eine Regel wird dann durch eine andere Regel flankiert, und dann kommt noch eine oben drüber und eine an die Seite. Das ist das, was wir alle erleben. Ich glaube, wir müssen den Mut finden. Ich weiß nicht, ob wir den in Nordrhein-Westfalen alleine finden können oder ob das mehr ein deutsches Thema ist. Wir sind eben besonders gründlich. Wir sind gründlicher als andere EU-Länder. Wir versuchen, alles gut zu machen und vielleicht noch besser zu machen. Ich will jetzt keine Länder nennen, aber Sie kennen Länder, denen ist es eigentlich egal, ob von den 27 Ländern in Brüssel was gewünscht ist oder nicht. Wir wollen es ja gut machen. Wir wollen den Gesetzen durchaus entsprechen. Wie müssen überlegen, wir da dran gehen und schlichtweg mal vieles lassen. Ich kann mir vorstellen, zu diskutieren, alles einfach mal zu lassen, was nicht sicherheitsrelevant, überlebenswichtig oder was ist. Wir haben so viele Regeln. Wir haben Berufe, die haben Eide geschworen. Die haben gelernt, die sind qualifiziert. Ich nehme mal einen Statiker für den Bau. Warum muss ein Statiker für den Bau noch mal und noch mal überprüft werden, wo der Computer das alles heute sowieso macht? Ein Architekt muss sich an Baugrenzen halten. Der kann nicht in der Höhe und in der Breite bauen, wie er will. Der muss das nach der Bauleitplanung und letztlich nach dem Landesentwicklungsplan so machen, wie das vorgegeben ist. Der kann gar nicht anders machen. So gibt es ganz viele Berufe, wo ich fragen würde: Warum muss das immer noch mal und noch mal überprüft werden? – Das ist nicht nur der Faktor Zeit. Zeit spielt eine wesentliche Rolle. Es ist auch ein Faktor der Ressourceneffizienz. Wir kennen das. Bei Bauanträgen ist das besonders offensichtlich, und zwar bei allen Planungsverfahren, die wir in der Infrastruktur vorzunehmen haben, ob es für Windräder ist, ob es für Verkehrsinfrastruktur ist. Das dauert zu lange. Das geht woanders schneller. Ich will nicht schludern, aber mal den Mut haben – den Mut können nur Sie haben, den kann nur die politische Führung haben – zu sagen, wir lassen mal was. Wenn wir dann feststellen, es war übertrieben, dann können wir sagen, dafür müssen wir eine Regel einführen. Irgend so einen Ansatz. Wir regen uns immer mehr miteinander auf. Das ist, glaube ich, nicht produktiv und auch nicht effizient. Dieses Bürokratiethema würde ich als das Oberste für alles sehen und alle anderen Diskussionen erst mal an die Seite schieben.

Herr Stinka, wir müssen uns fokussieren und gucken: Welche Stärken haben wir? – Wir müssen fokussieren, angefangen von der Wissenschaft. Um Innovationen zu fördern – wir können nicht alles machen –, sollten wir das tun, was zu uns passt. Ich führe zurzeit Tarifverhandlung mit der IG Metall. Wir müssen etwas machen, was mit unseren guten Löhnen bezahlt werden kann. Es hat keinen Sinn, zu versuchen, mit polnischen Löhnen zu konkurrieren. Das werden wir nicht schaffen. Wir müssen dann sagen, das machen die Polen, aber wir machen jenes und wir suchen uns das. Deswegen ist diese Fokussierung sehr wichtig, was mit unserem Niveau die Jobs für die Zukunft erhält. Insofern kann ich das nur sehr begrüßen.

Herr Brockes, wir werden uns sicherlich im November darüber unterhalten, dass wir institutionell stärker werden. Der Prozess ist schon vor einem Jahr gestartet. Darauf steht auch das Thema „Initiativrecht“ auch. Wie gesagt, nur Sie entscheiden etwas. Wir machen gar nichts, wir machen nur Vorschläge. Aber wenn wir mal einen Vorschlag machen dürfen, der über die Frage hinausgeht, kann das eigentlich nicht

schaden. Wir werden es im Katalog haben. Sie haben gesagt, es steht auch im Koalitionsvertrag.

Ich würde sagen, Frau Jahns, Sie ergänzen die Details zum Vergleich zu anderen Bundesländern, zur Komplexität und zur Frage von Herr Loose.

Sabine Jahn (Geschäftsführerin der Clearingstelle): Ich würde ich erst mal auf Ihre Frage eingehen, Herr Untrieser, wie das in anderen Bundesländern aussieht. Wir treffen uns mit den Institutionen. In anderen Bundesländern gibt es Normenkontrollräte, die letztendlich ein bisschen anders aufgestellt sind als die Clearingstelle. Wir haben in Niedersachsen eine Clearingstelle, die nach unserem Vorbild aufgebaut worden ist und seit, glaube ich, vier Jahren existiert.

Die Kompetenzen sind ähnlich. Man prüft Gesetze, die eingebracht werden. Bestehende Gesetze werden aber vermehrt in den Blick genommen. Man führt Praxischecks durch. Das Ganze orientiert sich jetzt viel praxisintensiver. Am Anfang sind die Normenkontrollräte hingegangen und haben sehr viel Kostenbemessung gemacht, also die Belastung bemessen. Davon geht man jetzt zum Beispiel in Baden-Württemberg gänzlich weg. Man nimmt keine Bemessung mehr vor. Man guckt sich mehr die konkreten Regelungen an, wie das hier letztendlich auch von der Clearingstelle gemacht wird. Wir rechnen nicht monetär aus, wie sich die Belastung darstellt, sondern machen praktische Lösungsvorschläge, wie man Belastungen letztendlich abmildern kann. – Ich hoffe, das bringt Sie weiter.

Dann wollte ich auf die Frage der Komplexität eingehen, ob die Struktur der Clearingstelle zu ändern ist. So, wie wir momentan aufgestellt sind, klappt das gut mit der Arbeitsbewältigung. Davon, wie es sich darstellt, wenn man darüber nachdenkt, die Klärungsstelle strukturell zu stärken, ist es möglicherweise abhängig, ob man an der einen oder anderen Stelle was drehen muss. Das kann ich jetzt noch nicht sagen, weil ich nicht weiß, wie die Ergebnisse aussehen.

Herr Stinka, Sie fragten, ob wir da weiter nachhaken. Wenn wir bei EU- und Bundesvorhaben eingebunden werden, besteht unsere Aufgabe darin, letztendlich der Landesregierung für die Bundesratsbeteiligung ein Votum zu geben und was zuzuliefern. Insofern ist unsere Kompetenz, da weiter nachzuhaken, an der Stelle erst mal vorbei, weil die Entscheidung dessen, ob das weitertransportiert wird und wie man sich dazu positioniert, letztendlich in der Hand der Landesregierung liegt.

Herr Loose, zu Ihrer Frage: Welcher Abbau von Bürokratie würde den Mittelstand weiterbringen? – Das ist ein weites Feld. Da kann man nicht einzelne Dinge rausgreifen. Bei den Bestandsverfahren gucken wir uns nicht nur konkrete Regelungen an, sondern ein gesamtes Themenfeld, wie die Verknüpfungen miteinander sind. Wichtig ist, einen großen Weitblick zu haben und das Ganze letztendlich ganzheitlich betrachten. Darin steckt viel Potenzial, um im Zusammenspiel der Regelungen Vorschläge zu machen, wie was geändert werden kann. – Danke schön.

Vorsitzender Dr. Robin Korte: Herzlichen Dank für die Ausführungen und Antworten auf die Fragen. Gibt es weitere Wortmeldungen aus dem Ausschuss? – Die sehe ich

nicht, sodass ich den Tagesordnungspunkt schließe, aber nicht, ohne mich noch mal ganz herzlich bei Ihnen zu bedanken, auch für Ihre Anwesenheit heute in der Sitzung und die Flexibilität, dass wir das heute gemacht haben. Ursprünglich wollten wir das Gespräch in der letzten Sitzung führen. Die war aber schon von der Tagesordnung ein bisschen zu voll. Insofern danke dafür, dass das heute möglich war. Dem Dank der Fraktionen für die wichtige Arbeit, der vielfach geäußert worden ist, schließe ich mich gerne an und wünsche viel Erfolg bei der Arbeit im kommenden Jahr. Sie können gerne in den hinteren Reihen die weitere Ausschusssitzung mitverfolgen, ansonsten sind Sie herzlich entlassen.

(Beifall bei allen Fraktionen)